



Niederschrift

Innen- und Rechtsausschuss

20. Wahlperiode – 3. Sitzung

am Mittwoch, dem 17. August 2022, 14 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Jan Kürschner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Vorsitzender

Tim Brockmann (CDU)

Birte Glißmann (CDU)

Michel Deckmann (CDU), i. V. von Thomas Jepsen

Wiebke Zweig (CDU), i. V. von Dr. Hermann Junghans

Seyran Papo (CDU)

Bettina Braun (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Marc Timmer (SPD), i. V. von Dr. Kai Dolgner

Niclas Dürbrook (SPD)

Dr. Bernd Buchholz (FDP)

Sybilla Nitsch (SSW), i. V. von Lars Harms

Weitere Abgeordnete

Heiner Rickers (CDU)

Dirk Kock-Rohwer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Bericht über die Entwicklung der frühzeitigen Entlassungen aus der U-Haft in Schleswig-Holstein	5
	Antrag des Abgeordneten Dr. Buchholz (FDP) Umdruck 20/34	
2.	Vorstellung der Ministerin für Justiz und Gesundheit, Dr. Kerstin von der Decken, und des Staatssekretärs Dr. Otto Carstens	8
	hierzu: Unterrichtung 20/6	
3.	Vorstellung der Ministerin für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport, Dr. Sabine Sütterlin-Waack, und der Staatssekretäre Magdalena Finke und Jörg Sibbel	11
	hierzu: Unterrichtung 20/6	
4.	Vorstellung der Ministerin für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung, Aminata Touré, und der Staatssekretäre Johannes Albig und Marjam Samadzade	12
	hierzu: Unterrichtung 20/6	
5.	Vorlagebeschluss des Oberverwaltungsgerichts Schleswig zum Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgericht, Az.: LVerfG 4/22	13
	Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgerichts vom 30. Juni 2022 Umdruck 20/36 (Anlage nicht öffentlich)	
6.	Vorlagebeschluss des Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgerichts zum Bundesverfassungsgericht in Hinblick auf Artikel 33 Absatz 5 GG, Az.: 2 BvL 13/18	14
	Schreiben der Vizepräsidentin des Bundesverfassungsgerichts vom 5. Juli 2022 Umdruck 20/41 (Anlage nicht öffentlich)	
7.	Bekämpfung von Kinderpornographie zu einem Schwerpunkt der Polizeiarbeit machen	15
	Antrag der Fraktion des SSW Drucksache 20/28	
	Voraussetzungen für eine effektive Bekämpfung der Kinderpornografie schaffen	15
	Alternativantrag der Fraktion der SPD Drucksache 20/44	

	Ganzheitliche Bekämpfungsstrategie gegen sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche entwickeln	15
	Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 20/48	
8.	Information/Kenntnisnahme	16
	Umdruck 20/22 – Bericht über die wirtschaftliche und finanzielle Lage des ZDF	
	Umdruck 20/23 – Bericht über die wirtschaftliche und finanzielle Lage von Deutschlandradio	
	Umdruck 20/26 – Bericht über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Rundfunkanstalten der ARD	
	Umdruck 20/32 – Bericht über die wirtschaftliche und finanzielle Lage des NDR	
	Umdruck 20/24 – Jahresbericht 2021 über die Tätigkeit der Härtefallkommission	
9.	Verschiedenes	17

Der Vorsitzende, Abgeordneter Kürschner, eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt. Der Ausschuss verständigt sich darauf, zunächst TOP 3, TOP 4, TOP 2 und TOP 1 zu beraten und sodann mit der Beratung ab Tagesordnungspunkt 5 wie in der Einladung ausgewiesen fortzufahren.

1. Bericht über die Entwicklung der frühzeitigen Entlassungen aus der U-Haft in Schleswig-Holstein

Antrag des Abgeordneten Dr. Buchholz (FDP)
[Umdruck 20/34](#)

Abgeordneter Dr. Buchholz stellt einleitend zur Begründung des Berichtsantrages, Umdruck 20/34, dar, elf frühzeitige Entlassungen aus der U-Haft seien nicht akzeptabel, sodass er die Justizministerin um einen Bericht gebeten habe.

Die Justizministerin, Frau Dr. von der Decken, berichtet (Umdruck 20/73).

Abgeordneter Dr. Buchholz meint, die Ministerin habe sich insofern widersprüchlich geäußert, als 2021 zum einen als Ausreißerjahr dargestellt, andererseits aber von einer strukturellen Unterversorgung der Strafkammern gesprochen worden sei. – Herr Dr. Backmann, Leiter der Abteilung „Rechts- und Justizpolitische Angelegenheiten, Gerichte und Staatsanwaltschaften, Gnadenwesen“ des Justizministeriums, antwortet, das Oberlandesgericht habe nicht ein landesweites strukturelles Defizit festgestellt, sondern dies immer nur auf die jeweilige Kammer bezogen. – Abgeordneter Dr. Buchholz stellt klar, ihm sei es nicht um die Feststellungen des Oberlandesgerichtes, sondern diejenigen der Justizministerin gegangen. Hier habe die Ministerin von einem landesweit höheren Bedarf gesprochen, eine Einschätzung, die auch vom Richterverband geteilt werde.

Abgeordneter Dr. Buchholz thematisiert die großen regionalen Unterschiede von Landgerichtsbezirk zu Landgerichtsbezirk und regt an, die Präsidentin des Landgerichtes Lübeck in die nächste Sitzung des Ausschusses einzuladen. – Herr Dr. Backmann erläutert, diese regionalen Unterschiede seien von oben betrachtet in der Tat schwierig zu erklären. Im Rahmen des „Pakts für den Rechtsstaat“ seien, wie berichtet, drei Richterstellen pro Landgerichtsbezirk aufgestockt worden, die aber von Bezirk zu Bezirk sehr unterschiedlich verwendet worden seien. Im Bezirk Lübeck sei nur eine geringere Stellenzahl dem Strafbereich zugeschlagen

worden. Er kritisiere dies nicht, die genaue Verwendung der entsprechenden Stellen sei nur sinnvoll vor Ort durch die sich selbst verwaltenden Gerichtsbezirke vorzunehmen. Das Beispiel der EncroChat-Welle habe gezeigt, dass die Situation von Kammer zu Kammer sehr unterschiedlich aussehen könne. Andererseits sei auch klar, dass die Landesregierung handeln müsse, wenn erkennbar werde, dass innerhalb der Bezirke durch Versetzungen nicht mehr der Aufwuchs kompensiert werden könne. Er gebe jedoch zu bedenken, dass es mehrere Jahre dauere von einer entsprechenden Feststellung über die Aufstellung des Haushaltes bis zur tatsächlichen Besetzung der Stellen.

Abgeordneter Dr. Buchholz fragt schließlich nach der Conclusio des Vortrags der Ministerin. Es reiche nicht aus, auf eine etwaige PEBB§Y-Evaluation zu warten, das Thema müsse vielmehr oberste Priorität haben. – Herr Dr. Backmann unterstreicht, es sei das langfristige Ziel der Landesregierung wie auch der Vorgängerregierungen, innerhalb der PEBB§Y-Systematik auf eine Deckung von 100 Prozent zu kommen. Es handele sich um ein aufwendiges System, das aber wissenschaftlich belastbare Zahlen liefere. Es reiche nicht aus, entsprechende Stellenmehrbedarfe, die beispielsweise durch Verschärfungen des Strafrechts entstünden, grob abzuschätzen, sondern es sei förderlich, dies im System über eine PEBB§Y-Neuerhebung zu lösen. – Ministerin Dr. von der Decken stellt klar, Schleswig-Holstein setze sich dafür ein, dass die PEBB§Y-Neuerhebung, mindestens für den Strafbereich, auf jeden Fall 2024 stattfinde, um dann schnell ein entsprechendes Ergebnis vorliegen zu haben.

Abgeordneter Kürschner weist darauf hin, dass trotz der vorzeitigen Entlassung alle elf Verfahren regulär hätten beendet werden können, was die Auswirkungen auf den Schutz der Bevölkerung vor den inhaftierten Personen relativiere. Er stimme jedoch zu, das Ziel müsse sein, dass es zu keinen vorzeitigen Haftentlassungen komme. – Abgeordneter Dr. Buchholz widerspricht ihm. Bei zwei Entlassenen bestehe der Verdacht auf neue Straftaten, die nach der Haftentlassung verübt worden seien, zudem habe es einen Fluchtversuch gegeben. Er stimme hier ausdrücklich der Ministerin zu: Jeder vorzeitig Entlassene sei einer zu viel.

Abgeordneter Kürschner weist darauf hin, dass neben der EncroChat-Welle zwei weitere Wellen die Justiz und insbesondere Straf- und Haftsachen betreffen würden, nämlich zum einen durch rechtliche Verschärfungen bei Missbrauchsdarstellungen, zum anderen durch die Ausweitung des Geldwäschetatbestandes. Dies werde zunächst die Staatsanwaltschaften, perspektivisch aber auch die Gerichte betreffen. Er frage insbesondere, inwieweit dies im Rahmen

der PEBB§Y-Logik abgebildet werden könne. – Herr Dr. Backmann antwortet, die geschilderten Entwicklungen betreffen ja alle Bundesländer, sodass diese sich gut im Rahmen von PEBB§Y abbilden ließen. Wenn es zu entsprechenden Effekten durch neue Aufgabenzuteilung komme, sei es auch im Rahmen des PEBB§Y-Systems durchaus möglich, die entsprechenden Bedarfe vor dem zehnjährigen Turnus zu erfassen und zu berücksichtigen. Er betont, das Ziel, im PEBB§Y-System zu bleiben. Wenn es jedoch zu Sondereffekten komme, die ausschließlich Schleswig-Holstein betreffen, sei es selbstverständlich nicht ausgeschlossen, hier entsprechend außerhalb von PEBB§Y nachzusteuern. Auch hier obliege jedoch die genaue Verwendung der Stellen der Entscheidung innerhalb der Landgerichtsbezirke.

Abgeordneter Dr. Buchholz stellt fest, die Landesregierung konzentriere sich offenbar auf Staatsanwaltschaften und Geschäftsstellen, nicht aber auf die Strafkammern, was nicht angemessen sei. – Herr Dr. Backmann stellt klar, die Erhöhung bei Staatsanwaltschaften und Geschäftsstellen sei keine Reaktion auf das Thema der vorzeitigen Haftentlassungen, sondern bereits lange Politik der Landesregierung. – Auf die Rückfrage des Abgeordneten Dr. Buchholz, ob es also keine unmittelbare Reaktion der Landesregierung auf die Vorfälle gebe, antwortet Herr Dr. Backmann, die Landesregierung habe insofern reagiert, als sie möglichst schnell ermitteln wolle, ob es einen zusätzlichen strukturellen Bedarf in diesem Bereich gebe.

Abgeordneter Dr. Kürschner weist darauf hin, ein Personalaufbau bei Strafrichtern sei ohnehin nur langfristig möglich.

Abgeordnete Glißmann stimmt der Ministerin zu: Jede vorzeitige Entlassung sei eine zu viel. Auf keinen Fall dürfe jedoch nun der Flaschenhals in andere Bereiche der Justiz verlagert werden. Sie begrüße daher ausdrücklich den Aufbau im Bereich der Staatsanwaltschaften.

Auf eine Rückfrage der Abgeordneten Glißmann stellt Justizministerin Dr. von der Decken klar, in der Tat sei der Bereich der Wachtmeistereien im PEBB§Y-System nicht erfasst. Auch hier gebe es, unter anderem durch die aufwendigen Bewachungen bei Großverfahren, einen hohen Bedarf, den die Landesregierung außerhalb des PEBB§Y-Systems haushalterisch abbilde.

Der Ausschuss kommt überein, die Präsidentin des Landgerichts Lübeck in eine der nächsten Sitzungen einzuladen.

2. Vorstellung der Ministerin für Justiz und Gesundheit, Dr. Kerstin von der Decken, und des Staatssekretärs Dr. Otto Carstens

hierzu: [Unterrichtung 20/6](#)

Ministerin Dr. von der Decken und Staatssekretär Dr. Carstens stellen sich zunächst persönlich vor. Danach skizziert Ministerin Dr. von der Decken die wesentlichen justizpolitischen Ziele für die Legislaturperiode.

Im Bereich der Justiz liege ein erster Schwerpunkt im Bereich des Personalaufbaus und der Personalgewinnung. Besonders in den Bereichen Justiz und Strafvollzug bestehe diesbezüglich Handlungsbedarf. Es gelte, in diesen Bereichen mehr qualifiziertes Personal einzustellen. Dies erfordere Strategien im Bereich der Personalgewinnung, Weiterbildung sowie einer Attraktivitätssteigerung in den genannten Bereichen.

Ein zweites Ziel für die kommenden fünf Jahren sei, ein neues Justizzentrum bauen zu lassen. Der Standort sei in der geografischen Mitte des Landes vorgesehen, um eine möglichst gute Erreichbarkeit zu gewährleisten. Dies stelle jedoch keine Vorfestlegung auf einen Standort wie etwa Neumünster dar, so Ministerin Dr. von der Decken auf eine Nachfrage des Abgeordneten Dürbrook. Hintergrund für die angestrebte Baumaßnahme sei, dass es zu immer größeren Verfahren mit mehreren Angeklagten insbesondere im Strafrecht komme. Auf diese Weise erhöhten sich die in den Prozess eingebundenen Personen, sodass herkömmliche Gerichtssäle nicht ausreichten. Zwar sei in der Vergangenheit ein Zelt als Interimsgerichtssaal zum Einsatz gekommen, diesen beizubehalten verursache jeden Tag Kosten in Höhe mehrerer Tausend Euro und könne daher keine Dauerlösung sein. Das künftige Justizzentrum werde allen Gerichten im Land für deren Verfahren, aber auch für die Durchführung des ersten oder zweiten Staatsexamens sowie von Fortbildungen und anderen Veranstaltungen zur Verfügung stehen.

Ein dritter Schwerpunkt der kommenden Legislaturperiode liege im Bereich der Digitalisierung der Justiz. Dazu zähle, die elektronische Verfahrens- und Strafsakte einzuführen, sowie die Voraussetzung zu schaffen, um Onlineverhandlungen zu ermöglichen. Zu diesem Zweck sei es erforderlich, alle Verhandlungssäle mit entsprechendem Equipment auszustatten. Ein weiterer Schwerpunkt im Bereich des Justizwesens sei, die Resozialisierung von Straftätern sowie den Opferschutz auszubauen.

Sodann berichtet die Ministerin kurz zur Gesundheitspolitik.

Auf eine Frage des Abgeordneten Dürbrook zur öffentlichen Diskussion um Plagiatsvorwürfe zu der Doktorarbeit von Staatssekretär Dr. Carstens verweist Ministerin Dr. von der Decken auf dessen Ausführungen; sie enthalte sich als politischer Neuling einer Einschätzung.

Auf eine Frage des Abgeordneten Dr. Buchholz zu einem Zitat aus einer Rezension zur Dissertation Dr. Carstens erwidert der Staatssekretär, dass seine zitierte Aussage, man müsse nicht sportlich sein, sondern nur sportlich aussehen, in seiner Jugendzeit gegenüber einer Schülerzeitung geäußert worden sei. Die ironisch gemeinte Aussage sei aus dem Zusammenhang gerissen. Auf eine weitere Frage des Abgeordneten Dr. Buchholz zum Lebenslauf des Staatssekretärs, den dieser im Rahmen des Landtagswahlkampfes auf einer Homepage veröffentlicht habe, erklärt Staatssekretär Dr. Carstens, er sei im Sommer 2007 sechs Wochen lang als Stagiaire, also als Praktikant, beim damaligen Abgeordneten des Europaparlaments Dr. Jarzembowski tätig gewesen. – Abgeordneter Dr. Buchholz kritisiert daraufhin, dass es sich bei dem Begriff des Stagiaire beim Europäischen Parlament um einen feststehenden Begriff handele. Die Tätigkeiten eines Stagiaire gingen weit über das hinaus, was unter einem Praktikum zu verstehen sei. Zudem sei der Zeitraum in besagtem Lebenslauf mit 2007 bis 2008 unzutreffend beschrieben.

Bezugnehmend auf eine weitere Frage des Abgeordneten Dr. Buchholz antwortet Staatssekretär Dr. Carstens, er habe im Zuge des Landtagswahlkampfes zu überspitzten Formulierungen gegriffen. Seine im Wahlkampf formulierte Aussage, es seien die notwendigen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Justiz den Strafraumen des Gesetzes ausreize und der Strafvollzug keinen Urlaub darstelle, zielten auch darauf ab, Wähler im demokratischen Spektrum zu halten. Gemeint habe er, dass er es für die Resozialisierung von Straftätern für zentral halte, dass diese im Strafvollzug einen strukturierten Tagesablauf erlebten. So erkläre sich die geforderte Unterscheidung vom Strafvollzug und Urlaub.

Abgeordneter Dr. Buchholz entgegnet, entsprechende Aussagen des Justizstaatssekretärs würden in der Öffentlichkeit zu Recht als irritierend wahrgenommen. – Der Abgeordnete Kürschner merkt an, dass Strafgefangene im schleswig-holsteinischen Vollzug arbeitspflichtig seien. Abgeordneter Dr. Buchholz moniert weiterhin, dass die Aussage, die Justiz solle den Strafraumen des Gesetzes ausreizen, die Grenzen der richterlichen Unabhängigkeit verletze.

Staatssekretär Dr. Carstens unterstreicht daraufhin, die zitierten Aussagen nicht in seiner jetzigen Rolle als Staatssekretär getätigt zu haben.

Auf die Bitte des Abgeordneten Dr. Buchholz, zu den zitierten Aussagen Stellung zu nehmen, antwortet Ministerin Dr. von der Decken, ihrer Auffassung nach habe Herr Dr. Carstens mit den Aussagen nicht einen Zustand beschreiben wollen, der in der schleswig-holsteinischen Justiz bestehe. Sie habe diese Aussagen ihres Staatssekretärs im Vorfeld nicht gekannt. Sie sei der Auffassung, dass Staatssekretär Dr. Carstens ausreichend auf die ihm gestellten Fragen geantwortet habe.

Bezugnehmend auf Fragen des Abgeordneten Dürbrook erklärt Staatssekretär Dr. Carstens, er habe nach Bekanntwerden der Plagiatsvorwürfe umgehend und aus eigener Initiative die Universität Innsbruck darum gebeten, die Doktorarbeit zu überprüfen. Zu dem laufenden Verfahren könne er keine Stellung beziehen. Er habe seine Dissertation nach bestem Wissen angefertigt. In den Jahren 2007 bis 2008 habe er in Österreich ein Doktoratsstudium absolviert. Dies habe den Besuch von Kursen in Präsenz sowie Prüfungen umfasst.

Auf eine Frage des Abgeordneten Timmer begründet Ministerin Dr. von der Decken schließlich das im Koalitionsvertrag formulierte Erfordernis, Personal im Bereich der Justiz aufzubauen. Dies ergebe sich daraus, dass die aktuelle Grundlage für die Bemessung des Personalbedarfs in der Justiz, der PEBB§Y-Schlüssel, angesichts veränderter Rahmenbedingungen einer Überarbeitung bedürfe. Aktuell sei in der Justiz die Zielgröße von 100 Prozent Personalabdeckung nach dem derzeitigen PEBB§Y-Schlüssel nicht erreicht.

3. Vorstellung der Ministerin für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport, Dr. Sabine Sütterlin-Waack, und der Staatssekretäre Magdalena Finke und Jörg Sibbel

hierzu: [Unterrichtung 20/6](#)

Ministerin Dr. Sütterlin-Waack, Staatssekretärin Finke sowie Staatssekretär Sibbel stellen sich zunächst persönlich vor. Danach skizziert Ministerin Dr. Sütterlin-Waack die wesentlichen politischen Ziele des Innenministeriums in den nächsten fünf Jahren.

Als Schwerpunkte ihrer Arbeit nennt die Ministerin die verschärfte Bekämpfung von Kindesmissbrauch sowie allgemein die Bekämpfung von Kriminalität im Netz, die deutlich zugenommen habe. Vor diesem Hintergrund müsse die Digitalkompetenz der Polizeibeamten ausgebaut werden.

Die Ministerin kündigt an, es sei gegebenenfalls erforderlich, im Bereich der Regionalplanung Wind neue Stellen zu schaffen. Dieser Bereich arbeite derzeit unter großem Zeitdruck.

4. Vorstellung der Ministerin für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung, Aminata Touré, und der Staatssekretäre Johannes Albig und Marjam Samadzade

hierzu: [Unterrichtung 20/6](#)

Frau Touré, Ministerin für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung, und Staatssekretärin Samadzade stellen sich zunächst persönlich vor. Danach skizziert Ministerin Touré die wesentlichen politischen Ziele des Gleichstellungsministeriums in der beginnenden Legislaturperiode.

Ministerin Touré erklärt, die Landesregierung habe beschlossen, im Bundesrat dem von der Bundesregierung geplanten Chancen-Aufenthaltsrecht zuzustimmen. Aktuell werde ein entsprechende Vorgriffserlass auf den Weg gebracht.

Die Ministerin Touré schildert, dass sich derzeit 35.652 Personen aus der Ukraine in Schleswig-Holstein aufhielten. Die Prognose des Bundes von ursprünglich 35.000 Personen sei damit bereits übertroffen. Die Landesregierung habe den Bund um eine neue Prognose ersucht, um Folgen für Kitas und Schulen besser einschätzen zu können. Zudem seien die gut 4.000 Plätze, die in den Landesunterkünften zur Verfügung stünden, nahezu ausgeschöpft. Dennoch habe die Landesregierung auf ein Ersuchen aus Berlin hin beschlossen, 50 Waisenkinder und zehn Menschen mit Behinderung aus der Ukraine aufzunehmen.

Der neue Ressortzuschnitt des Sozialministeriums veranlasst den Abgeordneten Dr. Buchholz zu der Nachfrage, ob der Integrationsbereich auch räumlich in das Sozialministerium umziehen solle. – Ministerin Touré bejaht dies. Allerdings sei noch offen, ob das logistisch möglich sein werde.

Auf eine Frage des Abgeordneten Dr. Buchholz zu dem Umstand, dass die Abschiebehaft künftig im Justizministerium angesiedelt sein werde, antwortet die Ministerin, dies sei ein Ergebnis der Koalitionsverhandlungen, um die Aufgaben gleichmäßig auf alle Schultern zu verteilen und gleichzeitig einen sinnvollen Zuschnitt der Ministerien zu erreichen. Neue, auch ungewöhnliche Ressortzuschnitte seien im Zuge von Regierungsbildungen insbesondere bei Querschnittaufgaben keine Seltenheit.

5. Vorlagebeschluss des Oberverwaltungsgerichts Schleswig zum Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgericht, Az.: LVerfG 4/22

Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgerichts vom 30. Juni 2022
[Umdruck 20/36](#) (Anlage nicht öffentlich)

Abgeordneter Brockmann erinnert daran, der Landtag habe sich bereits 2016 klar zu dem entsprechenden Sachverhalt im Rahmen der Beratung des Informationszugangsgesetzes geäußert.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, dem Landtag zu empfehlen, dass der Landtag in dem Verfahren vor dem Landesverfassungsgericht eine Stellungnahme abgibt und dem Verfahren beitrifft. In der Stellungnahme solle zum Ausdruck gebracht werden, dass der Landtag die dem Landesverfassungsgericht vorgelegte Bestimmung nicht für verfassungswidrig hält. Darüber hinaus empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, die Landtagspräsidentin zu bitten, eine Verfahrensbevollmächtigte oder einen Verfahrensbevollmächtigten zu beauftragen.

6. Vorlagebeschluss des Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgerichts zum Bundesverfassungsgericht in Hinblick auf Artikel 33 Absatz 5 GG, Az.: 2 BvL 13/18

Schreiben der Vizepräsidentin des Bundesverfassungsgerichts vom
5. Juli 2022
[Umdruck 20/41](#) (Anlage nicht öffentlich)

Abgeordneter Brockmann weist darauf hin, dass die Landesregierung seines Wissens eine Stellungnahme abzugeben plane, sodass eine eigene Stellungnahme des Landtags entbehrlich erscheine.

Der Ausschuss beschließt somit einstimmig, dem Landtag zu empfehlen, in diesem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht keine Stellungnahme abzugeben.

7. Bekämpfung von Kinderpornographie zu einem Schwerpunkt der Polizeiarbeit machen

Antrag der Fraktion des SSW
[Drucksache 20/28](#)

Voraussetzungen für eine effektive Bekämpfung der Kinderpornografie schaffen

Alternativantrag der Fraktion der SPD
[Drucksache 20/44](#)

Ganzheitliche Bekämpfungsstrategie gegen sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche entwickeln

Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Drucksache 20/48](#)

(überwiesen am 30. Juni 2022)

– Verfahrensfragen –

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer schriftlichen Anhörung. Anzuhörende sollen gegenüber der Geschäftsführung bis zum 26. August 2022 benannt werden.

8. Information/Kennntnisnahme

[Umdruck 20/22](#) – Bericht über die wirtschaftliche und finanzielle Lage des ZDF

[Umdruck 20/23](#) – Bericht über die wirtschaftliche und finanzielle Lage von Deutschlandradio

[Umdruck 20/26](#) – Bericht über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Rundfunkanstalten der ARD

[Umdruck 20/32](#) – Bericht über die wirtschaftliche und finanzielle Lage des NDR

[Umdruck 20/24](#) – Jahresbericht 2021 über die Tätigkeit der Härtefallkommission

Der Ausschuss nimmt die aufgeführten Vorlagen zur Kenntnis.

9. Verschiedenes

Der Vorsitzende, Abgeordneter Kürschner, informiert darüber, dass die zu dem gleichlautenden Gesetzentwurf zur Einführung eines Ermittlungsbeauftragten für den parlamentarischen Untersuchungsausschuss der Abgeordneten des SSW aus der letzten Wahlperiode (Drucksache 19/3616) eingegangenen Stellungnahmen des Bundestags wie des Baden-Württembergischen Landtags im Landtagsinformationssystem mit dem in dieser Wahlperiode erneut eingebrachten Gesetzentwurf der SSW-Fraktion, Drucksache 20/17, verknüpft worden seien.

Die Ausschussmitglieder nehmen in Aussicht, in eine ihrer nächsten Sitzungen die Vertreter des Präsidiums von „Jugend im Landtag“ einzuladen, um sich über die Beschlüsse der Veranstaltung „Jugend im Landtag“ im letzten Jahr, die den Innen- und Rechtsausschuss thematisch berühren, informieren zu lassen.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Kürschner, schließt die Sitzung um 16:35 Uhr.

gez. Jan Kürschner
Vorsitzender

gez. Dr. Sebastian Galka
Geschäfts- und Protokollführer